

Unsere Themen für die Kreistagswahl

ÖDP – die wirkungsvollste Oppositionspartei

Spätestens seit 2010 sollte dies durch unser Volksbegehren "Für echten Nichtraucherchutz" bekannt sein. 2019 hat dann „Rettet die Bienen!“ gerade in meiner Gemeinde Oberdachstetten eine sensationell hohe Beteiligung ausgelöst. Dies hat mich sehr ermutigt mein Projekt, den Naturgarten Hortus Romanticus, und die Naturwerkstatt weiter zu betreiben.

Gerade unsere fränkische Landschaft wurde seit mehr als 200 Jahren dahingehend gestaltet, Wasser so schnell wie möglich herauszuleiten. Nun haben wir verschärfte Dürre- und Hochwasser-Situationen und viel zu wenig Grundwasserneubildung und große Hitzeareale. Allein im Garten gibt es erstaunlich einfache Lösungen, um Wasser zu sparen, es in der Fläche zu halten, den Boden vor Austrocknung, die Pflanzen vor Hitze zu schützen und den Wert von großen Bäumen zu erkennen.

Gleichzeitig sehe ich noch viele Defizite im Landkreis, an Gebäuden und deren Anlagen, seien sie öffentlich oder privat. Viele Straßenränder könnten noch besser naturnah und insektenfreundlicher gestaltet werden, es könnte mehr entsiegelt werden, damit Wasser vor Ort versickern kann. Schon im Sinne des Hochwasserschutzes könnten einfache Maßnahmen, wie Grabenaufweitungen oder das Wiederanlegen von Hecken und Feldrainen eine gute Vorsorge sein. Allerdings müssten Politiker und Bürger ihr Wissen und die Einstellung zur Ordentlichkeit in der Landschaft ändern.

Wir alle leben seit vielen Jahren halbjährlich auf Kredit, was bedeutet, dass wir Rohstoffquellen und Naturbestände zu stark angreifen. Für nachfolgende Generationen wird es dann eng. Dabei gäbe es so viele Möglichkeiten, das zu ändern. Die ÖDP hat viele Lösungen und gerade deshalb habe ich mich entschlossen, die ÖDP vollumfassend mit meiner Arbeit zu unterstützen.

Karin Brenner

Regionale Landwirtschaft stärken – Ernährungssicherheit vor Ort sichern

Die vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, wie verletzlich globale Lieferketten sind. Unsere hoch rationalisierte Nahrungsmittelversorgung ist zwar effizient, reagiert aber extrem empfindlich auf Störungen. Echte Versorgungssicherheit entsteht nicht durch immer größere Einheiten, sondern durch vielfältige, regionale Strukturen.

Auch im Landkreis Ansbach sind die Folgen der zunehmenden Zentralisierung sichtbar. Während es früher mehrere Schlachthöfe gab, existiert heute kein einziger mehr. Das führt zu langen Transportwegen, höherer Umweltbelastung und mehr Stress für die Tiere. Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von wenigen großen Konzernen in Verarbeitung und Lebensmitteleinzelhandel. Regionale Wertschöpfung geht verloren.

Besorgniserregend sind zudem die geplanten Änderungen in der Agrogentechnik. Wenn gentechnische Veränderungen künftig nicht mehr gekennzeichnet werden müssen, wird die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher eingeschränkt. Patente auf Saatgut gefährden darüber hinaus Betriebe und Züchter, die bewusst gentechnikfrei arbeiten. Dabei sind gentechnikfreie und biologische Produkte ein wichtiger Markt, den viele Landwirtinnen und Landwirte bedienen wollen.

Bioanbau im Landkreis stärken und ausbauen

Die Antwort auf diese Entwicklungen liegt in der Region. Wir brauchen wieder mehr regionales Lebensmittelhandwerk und verlässliche Absatzmärkte vor Ort. Die Bayerische Staatsregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2030 einen Anteil von 30 Prozent Ökolandbau zu erreichen. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn Bio-Produkte auch regional verarbeitet, vermarktet und nachgefragt werden.

Wir setzen uns im Kreistag dafür ein, dass regional und biologisch erzeugte Lebensmittel dauerhaft und verbindlich in kommunalen Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Kantinen eingesetzt werden. Das schafft Planungssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe, stärkt die regionale Wertschöpfung und macht unsere Ernährung krisenfester.

Die Bewerbung des Landkreises Ansbach als Ökomodellregion würde – bei Genehmigung – zusätzliche Fördermöglichkeiten eröffnen, um regionale Verarbeitungsstrukturen gezielt wieder aufzubauen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu schließen. Damit leisten wir einen konkreten Beitrag zu einer nachhaltigen, regional verankerten Landwirtschaft und Ernährungssicherung.

Jürgen Schilling

Abfall vermeiden, Abfall verwerten in Wertstoffzentren

Wie wird mit den nicht mehr benötigten Materialien unserer Konsumgesellschaft umgegangen - Einfach alles wegwerfen, entsorgen? Wäre es nicht ein besserer Ansatz, den noch nutzbaren Materialien/Gegenständen eine zweite Chance zu geben? Die nicht mehr verwendbaren Dinge so zu sortieren, dass es einfach wäre, aus diesen Gegenständen Rohstoffe für Neues zu gewinnen? Aktuell wird in den vielen kleinen Wertstoffhöfen, die von den Gemeinden betrieben und von den Abfallgebühren der Bürger bezahlt werden, vieles zur Entsorgung angenommen. Der Personaleinsatz ist im Verhältnis zu den abgegebenen Wertstoffen enorm. Es wird immer schwieriger, für zwei bis drei Stunden in der Woche engagierte Arbeitende zu finden. In diesen kleinen Sammelstellen ist es nicht möglich, alle Reststoffe abzugeben; oft bleibt auf den Hängern etwas zurück, was nicht abgegeben werden kann. Nutzbares kann nicht weitergegeben werden. Es wäre kein viel größerer Aufwand für den einzelnen Bürger, etwas weiterzufahren und dafür den Hänger leer zu bekommen und das zu Öffnungszeiten, die nicht nur zwei Stunden in der Woche geöffnet sind.

Wertstoffhöfe zusammenführen

Wir sind für eine Zusammenführung mehrerer Wertstoffhöfe zu Wertstoffzentren mit mehr unterschiedlichen Sammelcontainern, mit geschultem Personal besetzt und zu erweiterten bürgerfreundlichen Öffnungszeiten. Das macht eine Beratung und eine saubere Trennung zur Verwertung möglich. Auch ein Verkauf von gebrauchten Artikeln wäre dann denkbar. Wir sollten den Wertstoffhof nicht nur als Entsorgungsplatz sehen, sondern als Sammelstelle für Rohstoffe und günstigen Second-hand Laden.

Christoph Schmidt

Familien- und Pflegearbeit stärken – statt später teuer reparieren

Familien- und Pflegearbeit sind das Fundament unserer Gesellschaft. Doch sie werden politisch zu lange vernachlässigt – mit hohen menschlichen und finanziellen Folgen. Die steigenden Kosten für Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Krisenmaßnahmen entstehen nicht, weil Familien versagen, sondern weil frühe und verlässliche Unterstützung fehlt. Prävention wäre möglich – sie wird nur nicht konsequent umgesetzt.

Kinder brauchen Zeit, Bindung und gute Betreuung. Entscheidend ist Qualität: bessere Betreuungsschlüssel in Kitas, mehr pädagogisches Personal in Grundschulen und echte Wahlfreiheit für Eltern. Wer hier spart, zahlt später ein Vielfaches – auch die Kommunen.

Auch in der Pflege trägt die Familien- und Pflegearbeit unser System. Die meisten Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Ohne pflegende Angehörige würde das System kollabieren. Gute häusliche Pflege erhält Würde, Teilhabe und entlastet Pflegekassen und Kommunen.

Pflege und Erziehung sind keine privaten Probleme. Sie sind eine gemeinsame Aufgabe vor Ort. Kommunen brauchen wohnortnahe, nachbarschaftliche und flexible Unterstützungsangebote.

Familien stärken heißt Kosten sparen.

Familien- und Pflegearbeit anerkennen heißt soziale Stabilität sichern.

Prävention verhindert Leid – statt es später teuer zu verwalten.

Christina Beckler

Mobilität für alle – bezahlbar und verlässlich

Unsere Zielsetzung: Ein bezahlbares und funktionierendes Verkehrssystem für unseren Landkreis

Steigende Kosten, sinkende Fahrgastzahlen und ein Schulverkehr, der nicht überall gewährleistet ist – diese Herausforderungen erfordern nachhaltige Lösungen. Wir setzen uns für ein Verkehrssystem ein, das alle Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Schulverkehr: Klare Zuständigkeiten, gemeinsame Verantwortung

Der Landkreis trägt die Verantwortung für die Schülerbeförderung zu weiterführenden, beruflichen Schulen und Förderzentren. Diese Regelung führt zu höherem Busbedarf in den Morgenstunden und entsprechend steigenden Finanzierungskosten. Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit der Beförderung zu Grund- und Mittelschulen bei den Kommunen. Allerdings nutzen Grund- und Mittelschüler die Landkreislinien, sofern diese ihre Schulwege abdecken. Die Schülerinnen und Schüler verfügen über entsprechende Fahrkarten – eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Kommunen ist daher geboten.

Unterstützung durch den Freistaat Bayern erforderlich

Die bayerische Staatsregierung muss die Kommunen verstärkt unterstützen. Die Erhöhung der Fahrgastzahlen ist ein wichtiges Ziel der Staatsregierung. Allerdings müssen den Ankündigungen konkrete Maßnahmen folgen – insbesondere im ländlichen Raum.

Bedarfsgerechte Planung statt pauschaler Kürzungen

Pauschale Kürzungen von Linien dürfen nicht als „Lösung“ dienen. Vielmehr ist eine differenzierte Betrachtung notwendig: Welche Linien werden unzureichend angenommen? Neue Angebote benötigen eine angemessene Etablierungsphase. Bei Schwachstellen sollten zunächst Verbesserungen vorgenommen werden.

Innovative Verkehrskonzepte entwickeln

Für den übrigen Verkehr müssen neue Konzepte erarbeitet werden: Expressstrecken, Achsenkonzepte, ÖPNV-Taxi, alternative Formen des Bedarfsverkehrs und App-basierte Fahrgemeinschaften. Entscheidend ist die Prüfung, welche Konzepte für unseren Landkreis sinnvoll sind. Der Nahverkehr muss attraktiver gestaltet werden, beispielsweise durch verkürzte Fahrtzeiten. So kann er auch eine wirkliche Alternative zum Auto sein.

Schienenverkehr stärken und Anbindungen gewährleisten

Wir unterstützen die Reaktivierung von Bahnstrecken und müssen eine regelmäßige Anbindung an bestehende Bahnhaltepunkte sicherstellen, um nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum zu fördern.

Nina Wachmeier

Erneuerbare Energien sinnvoll einsetzen

Der Ausbau einer klimaneutralen Strom- und Wärmeerzeugung schreitet derzeit zu langsam voran, um die Klimaziele verlässlich zu erreichen. Gleichzeitig wird der Zubau von Photovoltaikanlagen – insbesondere auf kommunaler Ebene – durch überlastete Stromnetze zunehmend ausgebremst.

Intelligenter Umgang mit selbst erzeugtem Strom

Beide Probleme lassen sich langfristig durch einen konsequent intelligenteren Umgang mit selbst erzeugtem Strom entschärfen. Ein höherer Eigenverbrauchsanteil bei privaten wie öffentlichen Verbrauchern senkt den Strombedarf aus dem öffentlichen Netz. Dadurch werden Netzengpässe reduziert und Spielräume für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien geschaffen, während der notwendige Netzausbau in einem realistischen und finanzierbaren Tempo erfolgen kann. So steigt der Anteil erneuerbarer Energien im Strommix nachhaltig. Gleichzeitig können kurzfristig zusätzliche Anlagen realisiert werden, die bislang allein wegen fehlender Netzkapazitäten nicht genehmigt werden können.

Zugegeben: Dafür sind auf der Verbraucherseite komplexere Systeme erforderlich, als sie bislang Standard sind. Sowohl private als auch öffentliche Stromverbraucher müssen künftig intelligenter gesteuert werden – ohne Einbußen beim Komfort.

Gute Beratung und Unterstützung durch den Landkreis

Der Landkreis Ansbach steht hier in der Verantwortung, eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, die aktiv informiert, berät und bei der konkreten Umsetzung solcher Projekte unterstützt. Genau dafür möchte sich die ÖDP in der Kommunalpolitik des Landkreises Ansbach einsetzen.

Kevin Settler

Biodiversität im Landkreis Ansbach erhalten

Artenschutz, Naturschutz und Umweltschutz sind kein grün-bunter Luxus, sondern notwendig für unser Leben und Überleben auf dieser Erde. Das Aussterben einzelner Arten und die Zerstörung von Lebensräumen können zum Kollaps des ganzen Ökosystems führen. Unsere Ernährung, unsere Gesundheit, unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind jedoch auf ein funktionierendes „System Erde“ angewiesen. Daher ist es äußerst unvernünftig, den Schutz der Natur nachrangig zu behandeln. Nach dem von der ÖDP initiierten Volksbegehren zur Artenvielfalt herrschte Aufbruchsstimmung in Bayern. Jetzt, bald 7 Jahre später, ist davon nicht mehr viel übrig. Erst kürzlich hat der Kreistag für die Herausnahme einer Fläche aus dem Naturpark Frankenhöhe gestimmt, obwohl es sich um ein sensibles Gebiet handelt und die Untere Naturschutzbehörde sich dagegen ausgesprochen hat. Einmal wieder haben dabei kurzfristig gedachte wirtschaftliche Interessen überwogen. Dieser negative Trend muss dringend umgekehrt werden, um unsere Lebensgrundlagen zu bewahren.

Flächenverbrauch stoppen

Für den Natur- und Artenschutz ist entscheidend, wie viele und welche Flächen bebaut oder versiegelt werden. Nur zusammenhängende Biotope können ihren Wert voll entfalten. Der

Landkreis Ansbach ist in Westmittelfranken immer noch Spitzenreiter im Fläche verbrauchen. Die ÖDP will mit einer Petition erwirken, dass die Begrenzung des Flächenverbrauchs in Bayern auf 5ha pro Tag (wie im Koalitionsvertrag als Ziel beschrieben), als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung verankert wird. Zudem müssen nicht mehr genutzte Flächen renaturiert werden. Aufwand und Kosten für den Schutz der Natur sind eine Investition in die Zukunft.

Franz Singer

Optimale Gesundheitsversorgung

Das größte Problem im Landkreis sind unsere Krankenhäuser. Wir geben enorm viel Geld dafür aus. Die Defizite der letzten Jahre summieren sich auf weit über 100 Millionen Euro.

Trotzdem sind wir nicht gut versorgt. Gerade im Bereich der kleinen Krankenhäuser klaffen große Lücken: Herzinfarktbehandlung, Schlaganfallbehandlung, Unfallchirurgie, Neurochirurgie, Geburtshilfe und Neugeborenenversorgung, etc..

Deshalb fordert die ÖDP eine grundlegende Neuausrichtung:

Die Umwandlung der bestehenden Krankenhäuser in ambulante Notfallzentren und die Errichtung eines neuen Schwerpunktkrankenhauses in der Mitte des Landkreises. Dadurch lassen sich Kosten sparen, und außerdem bekommt jeder Patient die Versorgung, die er wirklich braucht: leichte Fälle in der Ambulanz vor Ort, und schwere Fälle im gut erreichbaren Zentralklinikum.

Dr. Gerhard Schorndanner

Ganzheitliche Bildung fördern

Der Landkreis Ansbach sorgt für eine gute Ausstattung der weiterführenden und beruflichen Schulen und der Förderzentren. Derzeit liegt der Fokus vor allem auf der durchaus notwendigen digitalen Technik. Allerdings dürfen wir in unseren Schulen nicht nur auf Digitalisierung setzen.

Medienkompetenz erlernen

Ein begleiteter und dadurch sicherer Umgang mit sozialen Medien ist in der heutigen Zeit eine sehr wichtige Fähigkeit, die Kinder erlernen müssen. Medienkompetenz muss in Schulen vermittelt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Behandlung altersgerecht erfolgt. Das bedeutet aber nicht, dass der gesamte Unterricht digital abgebildet werden sollte. Analoges und ganzheitliches Lernen ist für das Verständnis von großer Bedeutung. Wenn ein Kind durch **Begreifen** und **Erleben** neues Wissen erlangt, kann es dies deutlich besser verinnerlichen und längerfristig aneignen. Das Schreiben mit der Hand baut diese besonderen Grundkenntnisse des Kindes aus und ist deshalb elementar für die Bildung. Aus diesen Gründen lehnen wir reine Laptopklassen in den Unterstufen (Klassen 5 bis 7) klar ab.

Inklusion nicht nur als Sparmaßnahme, sondern sinnvoll gestalten

Schule bedeutet **soziales Miteinander** und **Teilhabe**. Gerade deshalb hat die Inklusion in schulischen Einrichtungen einen enormen Stellenwert. Damit Inklusion gelebt werden kann, ist geschultes Fachpersonal erforderlich. Deshalb fordert die ÖDP mehr Personal an Schulen, eine pädagogische Zweitkraft an Grundschulen und den Erhalt von Förderzentren. Dadurch werden soziale und emotionale Fähigkeiten ausgebaut und die individuellen Bedürfnisse der Kinder gefördert. Davon profitiert nicht nur das einzelne Kind, sondern auch die Gesellschaft.

Judith Hetzel